

**Ausgabe
45/05**

**Mittwoch
9. Nov. 2005**

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt - K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 · 44608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

**Kassen wollen Tarife
für gleich- und anders-
artige Versorgungen 2**

**Das Erfüllen des MPG
kostet die Praxis allein
2005 ca. 30.000 Euro 6**

**Ehrennadel in Gold
an drei Zahnärzte
verliehen 7**

**Neuer Standard bei
Patientenversorgung
und Ästhetik 8**

**Zu viel Stress schlägt
auf die Zähne 11**

**Vollkeramik (9) –
Adhäsiv versus
retentiv 12**

**SPD will GOZ und Bema angleichen –
Zahnheilkunde vorerst noch in der GKV:**

Bürgerversicherung nun durch das Hintertürchen

Tiefe Einschnitte in die Strukturen des Gesundheitswesens sind auf Grund der SPD-Forderungen als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der Union, die noch diese Woche abgeschlossen werden müssen, zu befürchten. Noch gibt es Gegenwehr aus der CDU gegen eine Bürgerversicherung durch die Hintertür über eine Ausweitung der Versicherungspflichtgrenze auf alle Angestellten oder zumindest eine Anhebung von 3.900 Euro auf 5.200 Euro.

Außerdem sollen die gesetzlichen und privaten Gebührenordnungen angepasst werden, um es den Krankenkassen zu ermögli-

chert Wolfgang Zöller die Gruppe – in der Arbeitsgruppe im Vorschlag an die Parteichefs vereinbart: „Die künftige Struktur der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfasst alle Arbeitnehmer unter Wegfall der Versicherungspflichtgrenze“. Weiter heißt es in dem Neun-Seiten-Papier, das die Arbeitsgruppe den Parteichefs für die Koalitionsverhandlungen vorlegt: „Beamte und Selbstständige erhalten ein Wahlrecht zur Privaten Krankenversicherung (PKV)“.

Ohne das Wort Bürgerversicherung zu erwähnen, wäre dies eine Regelung durch die Hintertür – zumindest für alle Arbeiter und Angestellten. Damit hätten Schmidt

KZBV legt dem Ministerium Za
kein Nachbesserungsbedarf –
Mehrbelastungen für Versiche

Bereits 2000 die Zahners höher sein a

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) hat am Montag vergangener Woche dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), dort an der Spitze Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder, und am Donnerstag der Presse in Berlin ihren „Bericht über die Auswirkungen der Einführung des Festzuschuss-Sys-

2,2 Milliarden
einnahm
zigartig i

Die Kr
hen nach
dass die
Festzusch
vaten Zu
Zahnärzte
auf Seite
um 13 Pro